Beschlussempfehlungen und Berichte

des Petitionsausschusses

zu verschiedenen Eingaben

Inhaltsverzeichnis

1.	17/1166	Ausländer- und Asylrecht	JuM	6.	17/2078	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	IM
2.	17/2282	Belange von Menschen mit Behinderung	IM	7.	16/5579	Energie	UM
3.	17/1573	Schulwesen	KM	8.	17/1482	Ausländer- und Asylrecht	JuM
4.	17/1827	Besoldung/Tarifrecht	FM	9.	17/2161	Naturschutz und Landschaftspflege	UM
5.	17/1987	Führerscheinsachen	VM				

1. Petition 17/1166 betr. Aufenthaltstitel

Der Petent begehrt die Verhinderung der Abschiebung sowie ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet.

Bei dem Petenten handelt es sich um einen 35-jährigen pakistanischen Staatsangehörigen. Er reiste eigenen Angaben zufolge im Jahr 2015 in das Bundesgebiet ein und stellte einen Asylantrag. Das durchgeführte Asylverfahren blieb erfolglos.

Die Prüfung der Petition hat ergeben, dass dem Petenten zwischenzeitlich eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25b Aufenthaltsgesetz erteilt wurde.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird, nachdem eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Gehring

2. Petition 17/2282 betr. Ungleichbehandlung und Nichtumsetzung von bestehenden Richtlinien der Kultusministerkonferenz vom 17. Juni 2021

I. Gegenstand der Petition

Der schwerbehinderte Petent wendet sich gegen die Ablehnung seiner Bewerbungen

- a) bei verschiedenen Städten, insbesondere den Stadtverwaltungen A und B
- b) bei einer Fachschule für Physiotherapie sowie
- c) beim Landesverband einer Partei und bei einem Kirchenbezirk.

Er macht geltend, die Ablehnung seiner Bewerbungen bzw. die unterbliebene Einladung zu Vorstellungsgesprächen verstoße jeweils insbesondere gegen §§ 164 f. Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) und sei daher diskriminierend.

Er sei für die offenen Stellen grundsätzlich geeignet. Dies ergebe sich u. a. aus der Tatsache, dass seine Bildungsabschlüsse dem DQR-Niveau 6 entsprächen und er daher das Anforderungsprofil der Stellenausschreibungen erfüllt habe.

II. Sachverhalt

Laut der Schilderung des Petenten kann dieser einen Abschluss zum staatlich geprüften Betriebswirt sowie Berufserfahrung in der Leitung eines Therapiemanagements vorweisen. Außerdem verfügt er über einen Ausbildungsabschluss als Hotelfachmann sowie über einen in der Schweiz erworbenen Abschluss als Diplom-Physiotherapeut.

- a) Der Petent bewarb sich in den zurückliegenden Monaten auf mehrere Stellenausschreibungen der

Stadtverwaltung A, die u. a. die Stellen von Bezirksvorstehern sowie stellvertretenden Bezirksvorstehern für Stadtbezirke und die Stelle der Leitung für das Sachgebiet Eingliederungshilfe betrafen.

Er bewarb sich auch bei der Stadtverwaltung B als Sachgebietsleitung für das Standesamt.

Das Anforderungsprofil der vorbezeichneten Stellen beinhaltete jeweils ein Hochschulstudium. Alternativ hätte bei den beiden Stellenausschreibungen zum Bezirksvorsteher sowie bei der Stelle als Sachgebietsleitung für das Standesamt ein abgeschlossener Lehrgang zum Verwaltungsfachwirt (Angestelltenlehrgang II) genügt.

Nach Ansicht der Stadt A verfügt der Petent weder über ein abgeschlossenes Hochschulstudium noch kann er den Angestelltenlehrgang II vorweisen. Daher wurden die Bewerbungen des Petenten mangels Erfüllung der „Muss-Kriterien“ des Anforderungsprofils abgelehnt.

Der Petent führt hingegen aus, dass er aufgrund seiner Abschlüsse und Berufserfahrungen grundsätzlich für die streitgegenständlichen Stellen geeignet sei.

- b) Der Petent hatte sich zudem bei einer staatlich anerkannten Physiotherapeuten-Schule auf eine Ausschreibung als Dozent für die Bewegungserziehung beworben. Das Anforderungsprofil umfasste unter anderem eine Ausbildung zum Physiotherapeuten inkl. Bachelor-/Master-Abschluss. Auch hier erhielt er eine Absage, begründet mit den Anforderungen des Regierungspräsidiums, der schulischen Ausrichtung und „den Plänen des Landes Baden-Württemberg“, denen die Qualifikation des Petenten nicht entspreche.
- c) Der Petent erhielt außerdem eine Absage auf eine Bewerbung als Referent für das Vorstandsbüro des Landesverbands einer Partei. Ihm wurde mitgeteilt, dass das hierfür vorausgesetzte abgeschlossene, einschlägige Hochschulstudium und die Erfahrung bei der Aufbereitung politischer Inhalte fehlen. Zusätzlich sei die Erfahrung im Bereich politischer Kommunikation und die Identifikation mit den Werten der Partei und ihrer Ziele nicht gegeben.

Eine Bewerbung als Geschäftsführung für den Bereich Kindertagesstätten bei einem Kirchenbezirk blieb ohne Ergebnis. Hier erforderte das Profil unter anderem eine abgeschlossene Hochschulbildung und die Mitgliedschaft in der Landeskirche. Der Petent ist konfessionslos.

Der Petent argumentiert in allen Bewerbungsverfahren, dass er mit seinem Abschluss zum staatlich geprüften Betriebswirt gemäß einer Richtlinie der Kultusministerkonferenz den Titel Bachelor Business Professional in Wirtschaft trage. Dieser sei mit dem DQR/EQR-Niveau 6 bewertet und er erfülle damit die Anforderungen der Stellenausschreibungen.

Die Ablehnung seiner Bewerbungen sei daher diskriminierend. Bei ihm liege ein Grad der Behinderung von 60 vor, weshalb er bei annähernd gleicher Eig-

nung bevorzugt zu behandeln sei. Er stützt sich dabei auf die Vorgaben der §§ 164 f. SGB IX, des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sowie des Bundesteilhabegesetzes (BTHG).

III. Rechtliche Würdigung

Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) ist ein Instrument zur Einordnung der Qualifikationen des deutschen Bildungssystems. Er soll zum einen die Orientierung im deutschen Bildungssystem erleichtern und zum anderen zur Vergleichbarkeit deutscher Qualifikationen in Europa beitragen. Um transparenter zu machen, welche Kompetenzen im deutschen Bildungssystem erworben werden, definiert er acht Niveaus, die den acht Niveaus des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) entsprechen. Der EQR dient als Übersetzungsinstrument, das hilft, nationale Qualifikationen europaweit besser verständlich zu machen. Als nationale Umsetzung des EQR berücksichtigt der DQR die Besonderheiten des deutschen Bildungssystems und trägt zur angemessenen Bewertung und zur Vergleichbarkeit deutscher Qualifikationen in Europa bei.

Der DQR ist ein Transparenzinstrument. Sein Nutzen liegt darin, zu verdeutlichen, auf welchem Niveau die Kompetenzen angesiedelt sind, die mit einer Qualifikation erworben werden. Dadurch macht er auch deutlich, dass verschiedenartige Lernergebnisse aus verschiedenen Bildungsbereichen gleichwertig sein können. Dies bedeutet jedoch nicht, dass mit der Zuordnung einer Qualifikation zu einem DQR-Niveau neue Berechtigungen verbunden sind (siehe auch Artikel 1 Absatz 2 des Gemeinsamen Beschlusses der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Wirtschaftsministerkonferenz und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zum Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen). Die Aussage, dass zwei Qualifikationen auf dem gleichen Anforderungsniveau liegen, besagt nicht, dass der Qualifikationstyp praktisch bedeutungslos wäre. Tätigkeiten von gleicher Komplexität können sich nach ihren Inhalten und den zur Problemlösung erforderlichen Methoden deutlich unterscheiden. Auch wenn eine berufliche Qualifikation zusammen mit dem Bachelorabschluss dem Niveau 6 zugeordnet wird, ist der Erwerb des Bachelorabschlusses nur durch ein entsprechendes Hochschulstudium möglich.

- a) Fehlerhafte Auswahlentscheidungen der Stadtverwaltung bei den Stellenbesetzungen sind bezüglich der Bewerbungen des Petenten nicht ersichtlich. Die Bildungs- und Erfahrungsvoraussetzungen des Petenten entsprachen nicht dem Anforderungsprofil der Stellenausschreibungen. Der Abschluss zum staatlich geprüften Betriebswirt ist jedenfalls weder mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium noch mit einem abgeschlossenen Angestelltenlehrgang II gleich zu setzen.

Wie erläutert, ändert auch die Auskunft des Petenten, wonach der Abschluss zum staatlich geprüften

Betriebswirt dem Niveau 6 des DQR entspricht, hieran nichts. Nach Auskunft der Stadtverwaltung A hat auch der Kommunale Arbeitgeberverband Baden-Württemberg, dessen Mitglied die Stadt ist, am 22. April 2022 erneut festgestellt, dass „keine Gleichwertigkeit der Abschlüsse Bachelor Professional/Master Professional [DQR Level 6/7] mit den Studienabschlüssen in den Vorbemerkungen Nr. 3 und Nr. 4 der Anlage 1 des TVöD [Wissenschaftliche Hochschulbildung bzw. Hochschulbildung] besteht.“

Legt ein Arbeitgeber auf der Grundlage der in Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz genannten Kriterien die Voraussetzungen für die Teilnahme am Bewerbungsverfahren in einem Anforderungsprofil fest, entfaltet dieses Bindungswirkung für die Festlegung und Gewichtung der Leistungsmerkmale im Auswahlverfahren. Der Arbeitgeber verletzt den verfassungsrechtlich verbürgten Bewerbungsverfahrenanspruch der Stellenbewerber, wenn er seine Auswahlentscheidung nicht an den in einem solchen Anforderungsprofil genannten Voraussetzungen orientiert, sondern ihr abweichende Kriterien zugrunde legt (Bundesarbeitsgericht Urteil vom 28. Januar 2020, Aktenzeichen 9 AZR 91/19).

Ein Abweichen vom Anforderungsprofil aus den Stellenausschreibungen zugunsten des Petenten wäre rechtlich somit nicht möglich gewesen. Die Bewerbungen des Petenten mussten daher mangels Erfüllung der Anforderungsprofile abgelehnt werden. Die Ablehnungen waren sachlich begründet und stellen daher keine Diskriminierung wegen einer (Schwer-)Behinderung oder aus sonstigen Gründen dar.

Der vom Petenten zitierte „§ 14 Absatz 1 Satz 3 LbV“, wonach schwerbehinderte Bewerber bei der Einstellung Vorrang vor gesetzlich nicht bevorrechtigten Bewerbern gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung haben, stammt wohl aus der Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Beamten und ist insofern für die Bewerbungsverfahren in Baden-Württemberg nicht zu berücksichtigen. Unabhängig davon besteht beim Petenten gerade nicht die gemäß den jeweiligen Anforderungsprofilen erforderliche Eignung und Befähigung.

- b) Die Regierungspräsidien üben die Schulaufsicht über die staatlich anerkannten Fachschulen für Physiotherapie aus (obere Schulaufsichtsbehörde, § 3 Absatz 5 Nummer 1 Heilberufe- und Gesundheitsfachberufe-Zuständigkeitsverordnung). Diese beinhaltet einen Zustimmungsvorbehalt zur Einstellung von Dozentinnen und Dozenten. Bis zur Entscheidung über eine Einstellung, insbesondere also beim Auswahlverfahren, findet jedoch keine Beteiligung des Regierungspräsidiums statt. Dies wäre auch im Rahmen der Privatschulfreiheit nicht zulässig. Das Regierungspräsidium erhält solche Vorgänge auch nicht zur Kenntnis.

Das Regierungspräsidium unterliegt bei der Ausübung der Schulaufsicht über die privaten Gesund-

heitsfachberufeschulen der Aufsicht der jeweiligen Landesministerien. Für die Aufsicht über die Schulen für Physiotherapeuten ist dies das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg (§ 3 Absatz 5 Nummer 1 Heilberufe- und Gesundheitsfachberufe-Zuständigkeitsverordnung). Schulbezogene Vorgaben des Kultusministeriums finden hier keine Anwendung. Eine gesetzliche Vorgabe für Schulen für Physiotherapie hinsichtlich der Anforderungen an die Dozierenden gibt es bisher nicht. Nach einheitlicher Verwaltungspraxis in Baden-Württemberg bedarf es einer einschlägigen Berufserlaubnis, hier als Physiotherapeutin oder Physiotherapeut, sowie ausreichender pädagogisch-didaktischer Kenntnisse, die im Einzelfall nachzuweisen sind.

Aus den Darstellungen des Petenten ergeben sich aus Aspekten der Schulaufsicht über Gesundheitsfachberufeschulen kein Anlass zum Handeln und auch keine Hinweise auf zu beanstandende Vorgehensweisen. Die Berufung der Schule in ihrem Ab-sageschreiben auf „Pläne des Landes Baden-Württemberg“ ist zwar nicht aussagekräftig und kein Rechtsgrund, unabhängig davon, was damit gemeint wäre. Diese Aussage ist aber rechtlich nicht relevant für die hier anstehende Entscheidung. Das Regierungspräsidium hat im Rahmen der Schulaufsicht keinen Einfluss auf das Bewerbungs- und Auswahlverfahren der Schule; nur das positive Ergebnis einer beabsichtigten Einstellung muss zur Zustimmung vorgelegt werden. Was den vom Petenten angeführten schweizerischen Berufsabschluss als Diplom-Physiotherapeut betrifft, müsste dieser – wie generell im Ausland erworbene Abschlüsse in Gesundheitsfachberufen – in einem Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse geprüft werden. Einen Abschluss als Bachelor Business Professional in Wirtschaft nicht als berufsqualifizierend für eine Lehrkrafttätigkeit an einer Schule für Physiotherapie anzuerkennen, kann nicht beanstandet werden. Auch einschlägige pädagogische Kenntnisse oder Erfahrungen werden vom Petenten nicht genannt, sodass in diesem Fall nach den vorliegenden Angaben des Petenten keine Zustimmung zur Einstellung als Dozent durch das Regierungspräsidium hätte erteilt werden können.

- c) Hinsichtlich der Bewerbungsverfahren des Petenten beim Landesverband der Partei und bei dem Kirchenbezirk ist ein Ministerium des Landes oder der nachgeordnete Bereich, auch in seiner Funktion als Aufsichtsbehörde, nicht involviert. Diese können im Rahmen der Petition nicht beurteilt werden.

Wenn der Petent der Einschätzung widerspricht, dass er die Anforderungsprofile nicht erfülle, müsste er seine Rechte im Falle einer Absage jeweils auf dem Rechtsweg geltend machen.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Gehring

3. Petition 17/1573 betr. Aufklärung über sexuelle Identitäten und psychische Krankheiten als Lehrplaninhalte

Der Petent fordert die Verankerung sämtlicher sexueller Identitäten und psychischer Krankheiten in den schulischen Bildungsplänen.

Es wird unter Verweis auf diverse Studien die Zunahme psychischer Belastungen bei Kindern und Jugendlichen beschrieben. Da sich nur ein geringer Anteil der Betroffenen in psychotherapeutischer Behandlung befände, werden die Schulen in der Pflicht gesehen, über Krankheiten zu informieren, um Erkennungsmerkmale und deren Behandelbarkeit zu verdeutlichen und Stigmatisierung entgegenzuwirken. Zudem sollten körperliche und sexuelle Gewalt gezielter thematisiert werden, um Schülerinnen und Schülern bewusst zu machen, dass sie sich diesbezüglich Hilfe suchen könnten. Zum Thema Sexualität im Unterricht merkt der Petent an, dass zwar Homosexualität häufig besprochen werde, dies jedoch nicht auf Facetten wie Trans- oder Asexualität zutrefte, worunter er auch persönlich später gelitten habe.

Die nachfolgende Darstellung zeigt exemplarisch auf, wie die genannten Themen in den Bildungsplänen für die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Baden-Württemberg verankert sind und wie sie im Rahmen von Beratung und Prävention bearbeitet werden können.

Allgemein bildende Schulen:

Kompetenzen im Kontext der o. g. Themen werden insbesondere auch über die sogenannten Leitperspektiven gefördert. Diese sind fächerintegrativ und spiralcurricular in den Bildungsplänen von Klasse 1 bis zum jeweiligen Abschluss verankert.

Die Leitperspektive Prävention und Gesundheitsförderung (PG) zielt dabei auf die „Förderung von Lebenskompetenzen und die Stärkung von persönlichen Schutzfaktoren ab“.

Toleranz und Akzeptanz gegenüber verschiedenen geschlechtlichen Identitäten und sexuellen Orientierungen ist u. a. auch ein Teilaspekt der Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ (BTV). Ein Kernanliegen der Leitperspektive BTV ist es, „Respekt sowie die gegenseitige Achtung und Wertschätzung von Verschiedenheit zu fördern“. Zu den Formen und Ausprägungen von Vielfalt gehören auch das soziale Geschlecht (Gender) und die sexuelle Orientierung.

Um die Lehrkräfte für das Thema geschlechtliche und sexuelle Identität und die Fragen der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern zu sensibilisieren, wurde und wird die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte weiterentwickelt.

Gleichzeitig finden sich auch in den eigentlichen Fachplänen Bezugspunkte zu den Themen. Einige Beispiele werden hier im Folgenden genannt:

Im Fach Biologie (Gemeinsamer Bildungsplan für die Sekundarstufe I und Bildungsplan für das Gymnasium, Klasse 7/8) werden Auswirkungen von Stress sowie Krankheiten wie Depressionen und Burn-Out thematisiert (Inhaltsbereich 3.2.2.5 „Informationssysteme“). Mit unterschiedlichen Formen der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identitäten befassen sich die Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Inhaltsbereichs 3.2.2.3 „Fortpflanzung und Entwicklung“.

Im Fach Psychologie (gymnasiale Oberstufe) werden psychische Krankheiten ausführlich behandelt, insbesondere im Inhaltsbereich 3.1.5.2 „Klinische Psychologie und Gesundheitspsychologie“. (Bildungsplaninhalt: „Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit Störungsbildern, deren Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten auseinander und lernen Aspekte der Gesundheitsvorsorge kennen.“)

Das Thema sexueller Missbrauch wird in der 3. und 4. Klasse der Grundschule im Fach Sachunterricht ausführlich behandelt (Inhaltsbereich 3.2.2.1 „Körper und Gesundheit“).

Hier werden Handlungsmöglichkeiten in Notsituationen und Unterstützungsmöglichkeiten thematisiert (Nein-Sagen, Hilfe holen, Erwachsene [Lehrkräfte] einbeziehen). Ebenfalls lernen die Kinder, wie sie ungewollte Handlungen an ihrem Körper benennen und sich dagegen abgrenzen können. Die Lehrkraft ist angehalten, Kinder sowohl zu ermutigen, damit sie sich in Notsituationen wehren können (Ich-Stärkung), als auch Unterstützungsangebote zu nutzen, um betroffene Kinder professionell zu unterstützen.

Auch im Bildungsplan für Schülerinnen und Schüler mit dem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot im Förderschwerpunkt Lernen 2022 wird das Thema ausdrücklich behandelt (vgl. 2.1.4.2 „Lebensfeld Personales Leben – Körperlichkeit und Sexualität“):

„Im Rahmen der Persönlichkeitserziehung setzen die Schülerinnen und Schüler sich in altersangemessenen Formen mit ihrer Rolle und Identität als Mädchen oder Junge beziehungsweise als Frau oder Mann oder auch als divers auseinander. Die Schülerinnen und Schüler erfahren im Sinne der Bildung für Akzeptanz und Toleranz von Vielfalt ein weites Verständnis von Freundschaft, Liebe, Partnerschaft und Elternschaft. In der Auseinandersetzung mit Gefühlen, Fragen und Unsicherheiten bietet die Schule einen vertrauensvollen, sicheren Rahmen, in dem eine individuelle Entwicklung und Stärkung der eigenen Person möglich wird. [...] Die Schülerinnen und Schüler lernen, selbstbewusst Verantwortung für ihren Körper und ihre Bedürfnisse zu übernehmen und entwickeln Strategien, grenzüberschreitendes Verhalten zu vermeiden, sich und ihren Körper vor Übergriffen und sexualisierter Gewalt zu schützen und bei sexuellem Missbrauch Hilfe zu suchen.“

Berufliche Schulen:

Raum für den Umgang und die Thematisierung von sexuellen Identitäten ergibt sich auch in den Bildungs-

plänen der beruflichen Schulen, insbesondere im Fach Geschichte mit Gemeinschaftskunde, Ethik und den Religionslehren.

In der Oberstufe des beruflichen Gymnasiums kann die Thematik ebenfalls behandelt werden. So werden beispielsweise im Fach Geschichte mit Gemeinschaftskunde in der Eingangsklasse Menschen- und Grundrechte thematisiert. Insofern kann sexuelle Selbstbestimmung angesprochen werden.

Informationen zu psychischen Erkrankungen finden sich vor allem in den Bildungsplänen im berufsbezogenen Schwerpunkt „Pädagogik und Psychologie“ des Sozial- und Gesundheitswissenschaftlichen Gymnasiums und im Wahlfach „Psychologie“, das in allen Richtungen belegt werden kann.

Beratungs- und Unterstützungsangebote:

Die schulische Prävention in Baden-Württemberg folgt dem aktuellen Forschungsstand, dass Gesundheit und Resilienz Voraussetzung, Ressource und Ergebnis erfolgreicher Bildungs- und Erziehungsprozesse sind. Daher zielen alle Angebote der schulischen Prävention und Gesundheitsförderung auf eine Förderung der Lebenskompetenzen und der Resilienz der Schülerinnen und Schüler ab. Die Verwaltungsvorschrift vom 10. Dezember 2014 hebt die Wichtigkeit von Prävention und Gesundheitsförderung in der Schule als fächerübergreifendes Element pädagogischen Wirkens und des gesamten Miteinanders in jeder Schule hervor.

Das landeseigene Präventionsrahmenkonzept „stark.stärker.WIR.“ stellt die vielfältigen Aktivitäten im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung an Schulen in Baden-Württemberg in einen größeren und nachhaltigen Zusammenhang und kann auf diese Weise die Wirksamkeit schulischer Prävention fördern.

Schulentwicklungsprozesse zu Aufbau und Weiterentwicklung eines Konzepts der Prävention und Gesundheitsförderung werden durch speziell ausgebildete Präventionsbeauftragte begleitet und beraten. Sie können an den Regionalstellen des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung angefordert werden und bieten Maßnahmen zu allen Formen der Gewaltprävention an. Speziell gegen Formen von sexualisierter Gewalt gibt es in Baden-Württemberg seit 2014 das Schutzkonzept „Schutz Macht Schule“.

Vor dem Hintergrund eines höheren Bedarfes, vor allem durch die Gefahren der sexualisierten Gewalt im Internet, ist die Kultusverwaltung bestrebt, Informationen zum Thema und Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt (z. B. Informationen zu sexueller Bildung, Ansprechpersonen, Notfallplan und Beschwerdeverfahren) verstärkt und vertieft an Schulen zu implementieren.

Die schulpsychologischen Dienste beraten und unterstützen ratsuchende Schülerinnen und Schüler, aber auch deren Erziehungsberechtigte und Lehrkräfte bei schulbezogenen Herausforderungen und Krisenlagen. Dazu zählen neben den an den 28 schulpsychologi-

schen Beratungsstellen in Baden-Württemberg tätigen Schulpsychologinnen und Schulpsychologen auch die von diesen ausgebildeten Beratungslehrkräfte. Fast jede Schule wird von einer Beratungslehrkraft betreut, welche eine hilfreiche erste Ansprechperson für schulische Problemlagen darstellt. Das Beratungsangebot der schulpsychologischen Dienste orientiert sich an den Bedürfnissen der Ratsuchenden und ist ergebnisoffen. So beraten und unterstützen Schulpsychologinnen und Schulpsychologen auch bei Herausforderungen rund um psychische Gesundheit oder sexuelle Orientierung im schulischen Kontext.

In den letzten Jahren wurde das Beratungsangebot der schulpsychologischen Dienste von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen im Kontext LSBTTIQ beispielsweise zunehmend häufiger in Anspruch genommen. Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen vor Ort sind mit externen Beratungsangeboten in der Region vertraut und können gegebenenfalls an Netzwerkpartner und Netzwerkpartnerinnen weiter verweisen.

Zur Weiterentwicklung des Beratungsangebots im Kontext des Themenkomplexes LSBTTIQ wurde für die schulpsychologischen Dienste unter anderem eine umfassende Handreichung mit dem Titel „Alle Farben im Blick?!?“ entwickelt.

Da Schulpsychologinnen und Schulpsychologen keinen therapeutischen Auftrag haben, wird im Kontext psychischer Erkrankungen bei Bedarf der Kontakt zu psychotherapeutisch ausgerichteten Einrichtungen hergestellt.

Ergebnis:

Zusammenfassend betrachtet sind die geforderten Themen in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden sowie der beruflichen Schulen in Baden-Württemberg bereits über die Leitperspektiven wie auch in verschiedenen Fachplänen verankert. Dadurch ist eine mehrperspektivische Auseinandersetzung im Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen und der sich daran anschließenden beruflichen Bildung in Baden-Württemberg gegeben.

Auch die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote leisten einen Beitrag dazu, dem Anliegen insoweit Rechnung zu tragen, wie dies im schulischen Kontext möglich ist.

Beschlussempfehlung:

Soweit den Forderungen des Petenten bereits Rechnung getragen wurde, wird die Petition für erledigt erklärt. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Herkens

4. Petition 17/1827 betr. Coronasonderzahlung

I. Gegenstand der Petition

Der Petent fordert mit seiner Petition die Nachzahlung einer steuerfreien Coronasonderzahlung in Höhe von 1 300 Euro und die hierfür erforderliche Schaffung einer Rechtsgrundlage.

II. Sachverhalt

Der Petent ist am 9. November 2021 vom Angestellten- ins Beamtenverhältnis gewechselt und führt in seiner Petition aus, dass er die Coronasonderzahlung nicht erhalten habe, obwohl er seit Juni 2020 durchgehend beschäftigt sei. Das läge daran, dass für Tarifbeschäftigte und Beamte unterschiedliche Stichtage (29. November 2021 bzw. 1. November 2021) für die Coronasonderzahlung vorgesehen seien.

Bei der Coronasonderzahlung für Tarifbeschäftigte und Beamte unterschiedliche Stichtage zu wählen, sei aus Sicht des Petenten weder notwendig noch vertretbar gewesen und entspräche somit nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. So liege nach Auffassung des Petenten eine sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung und damit ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz (Artikel 3 Grundgesetz – GG) vor. Die Regelungen sollten deshalb verfassungskonform dahin gehend ausgelegt werden, dass bei Personen, die zwischen dem 1. und 29. November 2021 vom Angestellten- ins Beamtenverhältnis gewechselt haben („Wechsler“), die „Ausschlussfrist“ nicht gilt. Alternativ sei auch eine analoge Gewährung der Coronasonderzahlung denkbar. Verschiedene Personalgruppen hätten bereits analog der Coronasonderzahlung eine Sonderzahlung erhalten, obwohl sie vom Anwendungsbereich des TV Corona-Sonderzahlung ausgenommen seien; beispielsweise Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare sowie die Volontärinnen und Volontäre im Bereich der staatlichen Museen. Es sei zudem gesetzestechnisch unproblematisch möglich, einen einheitlichen Stichtag festzulegen oder aber eine Sonderregelung für die „Wechsler“ zu treffen. Negative Auswirkungen auf andere Personalgruppen entstünden dadurch nicht.

III. Rechtliche Würdigung

Der Petent beanstandet mit seiner Petition, keine Coronasonderzahlung gemäß dem Gesetz zur Regelung einer einmaligen Coronasonderzahlung in Baden-Württemberg vom 10. Mai 2022 oder dem TV Corona-Sonderzahlung vom 29. November 2021 erhalten zu haben. Da der Stichtag für die tarifliche Coronasonderzahlung (29. November 2021) von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), in der das Land Baden-Württemberg Mitglied ist, und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes einheitlich für die TdL-Bundesländer festgelegt wurde und der Stichtag für die Coronasonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten (1. November 2021) davon abweicht, wird davon ausgegangen, dass der Petent sich als Beamter gegen das o. a. Gesetz und dessen Stichtagsregelung wendet.

Anspruchsvoraussetzungen der Coronasonderzahlung im Besoldungsbereich:

Nach Artikel 1 § 2 Absatz 1 des vom Landtag am 4. Mai 2022 beschlossenen Gesetzes zur Regelung einer einmaligen Coronasonderzahlung in Baden-Württemberg erhalten zur Abmilderung der zusätzlichen beruflichen Belastung in der Coronakrise Besoldungsempfängerinnen und Besoldungsempfänger eine einmalige Coronasonderzahlung. Voraussetzung ist, dass das Dienstverhältnis am 1. November 2021 bestand und zudem ein Anspruch auf Dienstbezüge, auf Anwärterbezüge oder auf Unterhaltsbeihilfe mindestens an einem Tag in der Zeit vom 1. Januar 2021 bis zum 30. November 2021 bestanden hat. Die Coronasonderzahlung beträgt gemäß Artikel 1 § 2 Absatz 2 Satz 1 des vorgenannten Gesetzes 1 300 Euro und für Auszubildende 650 Euro jeweils bei Vollzeitbeschäftigung.

Hintergründe der Stichtagsregelung:

Nach dem Bundesverfassungsgericht ist es durch Artikel 3 Absatz 1 GG dem Gesetzgeber grundsätzlich nicht verwehrt, zur Regelung bestimmter Lebenssachverhalte Stichtage einzuführen, obwohl jeder Stichtag unvermeidlich gewisse Härten mit sich bringt. Bei der Regelung steht dem Gesetzgeber ein Gestaltungsspielraum zu. Entscheidend ist, ob der Gesetzgeber den ihm zustehenden Spielraum in sachgerechter Weise genutzt hat, insbesondere ob die Einführung des Stichtags überhaupt und die Wahl des Zeitpunkts am gegebenen Sachverhalt orientiert und damit sachlich vertretbar ist. Diese Grundsätze gelten ebenso für die Anwendung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums im Sinne von Artikel 33 Absatz 5 GG.

Mit dem in Rede stehenden Gesetz wurde die mit dem Tarifvertrag über eine einmalige Coronasonderzahlung (TV Corona-Sonderzahlung) vom 29. November 2021 vereinbarte Sonderzahlung wirkungsgleich auf die Besoldung in Baden-Württemberg übertragen. Die Tarifvertragsparteien haben sich beim Abschluss dieses Tarifvertrags bewusst für eine Stichtagsregelung (29. November 2021) als Bezugszeitpunkt für die Gewährung der Coronasonderzahlung entschieden. Stichtagsregelungen liegt zugrunde, dass praktikabel, transparent und rechtssicher bestimmt werden kann, wie sich die jeweiligen individuellen Verhältnisse am Stichtag darstellen. Da die grundsätzliche steuerliche Privilegierung von § 3 Nummer 11a des Einkommensteuergesetzes bis zum 31. März 2022 befristet war, musste für die Sicherstellung einer steuerlich privilegierten Auszahlung von den Tarifvertragsparteien eine einfache und transparente Stichtagsregelung vereinbart werden. Eine umfassende und zeitaufwändige Einzelfallbetrachtung wäre aufgrund der Kürze der verbleibenden Zeit bei einem Masseverfahren wie der Auszahlung der Coronasonderzahlung bis zum Auszahlungstermin (spätestens 31. März 2022) nicht möglich gewesen.

Das Gesetz zur Regelung einer einmaligen Coronasonderzahlung in Baden-Württemberg sieht aus o. a. Gründen wie der TV Corona-Sonderzahlung eine Stichtagsregelung vor, die für alle Beamtinnen und Beam-

ten, Richterinnen und Richter sowie Auszubildenden in öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnissen mit Anspruch auf Unterhaltsbeihilfe gleichermaßen gilt. So soll aus Gründen der Praktikabilität, Transparenz und Rechtssicherheit die Gewährung der Coronasonderzahlung anhand stark typisierender Anspruchsvoraussetzungen und ohne Differenzierung nach etwaigen besonders von der Coronapandemie betroffenen Bereichen erfolgen. Insofern mussten wie im Tarifbereich die allen Stichtagsregelungen immanenten Stichtags Härten im Einzelfall zugunsten der Ermöglichung einer wirkungsgleichen und grundsätzlich steuerfreien Coronasonderzahlung für alle Besoldungsempfängerinnen und -empfänger in Kauf genommen werden. Die Coronasonderzahlung wurde demnach für eine dem Grunde nach steuerfreie Gewährung Ende Februar 2022 im Vorgriff auf deren gesetzliche Regelung ausgezahlt.

Der im Gesetz geregelte Stichtagszeitpunkt (1. November 2021) wurde so gewählt, dass er in ausreichendem zeitlichen Zusammenhang mit dem TV Corona-Sonderzahlung steht und möglichst viele beruflich durch die Coronapandemie belastete Besoldungsempfängerinnen und Besoldungsempfänger, deren Dienstverhältnis im November 2021 endet, anspruchsberechtigt sind. Wäre der 29. November 2021 als Stichtag genommen worden, wären alle Beamtinnen und Beamten, die in der Zeit vom 2. bis 29. November 2021 aus dem (aktiven) Dienstverhältnis ausgeschieden sind, nicht mehr anspruchsberechtigt gewesen. Zudem hatten nach dem 1. November 2021 eingestellte Beamtinnen und Beamten grundsätzlich auch keine berufliche Coronabelastung.

In die Festlegung des Stichtags auf den 1. November 2021 wurde insbesondere auch einbezogen, dass eine Verbeamtung von Tarifbeschäftigten des Landes im November eines Jahres generell als sehr unwahrscheinlich angesehen wird. Schließlich haben Tarifbeschäftigte dann keinen Anspruch auf die Jahressonderzahlung gemäß § 20 TV-L. Für diese ist u. a. Voraussetzung, dass das Arbeitsverhältnis am 1. Dezember eines Jahres besteht. Eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach diesem Zeitpunkt, beispielsweise durch eine Verbeamtung am 2. Dezember, ist für den Anspruch gemäß § 20 TV-L demnach unerheblich. Mithin wurde bei der Festlegung des Stichtags typisierend davon ausgegangen, dass gegen Ende eines Jahres eine Verbeamtung von Tarifbeschäftigten des Landes im November sehr unwahrscheinlich ist und in der Regel erst nach dem 1. Dezember erfolgt.

Etwaige analoge Anwendung der Regelungen zur Coronasonderzahlung:

Eine vom Petenten vorgeschlagene analoge Gewährung der Coronasonderzahlung im Bereich der Besoldung ist nicht zulässig, da die Coronasonderzahlung eine Besoldungsleistung darstellt. Besoldungsleistungen können gemäß § 3 Absatz 1 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg nur zugesprochen werden, wenn und soweit sie gesetzlich vorgesehen sind (Gesetzesvorbehalt der Besoldung). Sie sind also zwingend und abschließend im Wege eines Gesetzes zu regeln.

Der analogen Anwendung besoldungsgesetzlicher Regelungen auf Sachverhalte, die nach dem Ergebnis der Auslegung nicht erfasst werden, sind daher besonders enge Grenzen gesetzt. Dies gilt gleichermaßen für die Zuerkennung von Besoldungsleistungen im Wege der Analogie als auch für deren Ausschluss oder Beschränkung. Planwidrige Gesetzeslücken liegen im Bereich der geltenden Beamtenbesoldung angesichts des regelmäßig abschließenden Charakters der getroffenen Bestimmungen nur ganz ausnahmsweise vor. Durch die besoldungsrechtlichen Vorschriften werden der Kreis der Anspruchsberechtigten, Grund und Höhe der einzelnen Bezüge sowie ihre Berechnung regelmäßig ausdrücklich und detailliert durch zwingende Vorschriften mit vielfach stark kasuistischem Inhalt festgelegt. Regelungen dieser Art sind nach dem darin erkennbaren Willen des Gesetzgebers regelmäßig abschließend konzipiert, sodass der Möglichkeit einer analogen Anwendung schon das Fehlen einer planwidrigen Regelungslücke entgegensteht.

Im Übrigen wurde die Coronasonderzahlung an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare – anders als vom Petenten ausgeführt – nicht durch analoge Anwendung des TV Corona-Sonderzahlung oder des Gesetzes zur Regelung einer einmaligen Coronasonderzahlung in Baden-Württemberg gezahlt. Vielmehr erfolgte die Zahlung gemäß Artikel 1 § 2 Absatz 1 Satz 1 des vorgenannten Gesetzes explizit an Auszubildende in öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnissen mit Anspruch auf Unterhaltsbeihilfe. Hierunter fallen auch Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare.

Der Petent hat auch die Coronasonderzahlung an die Volontärinnen und Volontäre im Bereich der staatlichen Museen thematisiert. Hinsichtlich dieser Beschäftigtengruppe, bei der es sich um nichttarifliche „Auszubildende“ des Landes handelt, ist zu beachten, dass die Voraussetzungen für die Gewährung einer Coronasonderzahlung vollumfänglich dem TV Corona-Sonderzahlung entsprochen haben. Daher hat auch für die Volontärinnen und Volontäre als Stichtagszeitpunkt der 29. November 2021 gegolten. Volontärinnen und Volontäre, die vor dem maßgeblichen Stichtag ausgeschieden sind, wurde – wie den übrigen Tarifbeschäftigten des Landes auch – eine Coronasonderzahlung nicht gewährt.

Etwasige Sonderregelung für Wechsler:

Auch eine vom Petenten vorgeschlagene gesetzlich zu schaffende Sonderregelung für Personen, die im Zeitraum vom 2. bis 29. November 2021 beim Land vom Angestelltenverhältnis (Anwendung des TV-L) ins Beamtenverhältnis gewechselt haben („Wechsler“), würde zu sachlich nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlungen führen. Denn dann wäre innerhalb der maßgeblichen Statusgruppe der Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen das vor der Verbeamtung bestehende Rechtsverhältnis (hier: zum Land) für die Gewährung der Coronasonderzahlung maßgeblich. So würden die Personen benachteiligt, die zuvor nicht in einem Arbeitsverhältnis zum Land Baden-Württemberg standen und im Zeitraum vom 2. bis 29. November 2021 verbeamtet wurden. Kon-

kret wären dies Personen, die zuvor im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses in der freien Wirtschaft oder bei einer Kommune in Baden-Württemberg (Anwendung des TVöD) beschäftigt waren.

Zudem wäre es auch nicht darstellbar, dass Personen (u. a. „Wechsler“), die zum Stichtag am 1. November 2021 in einem Arbeitsverhältnis standen und damit zu diesem Zeitpunkt nicht der maßgeblichen Statusgruppe der Beamtinnen und Beamten angehörten, eine Coronasonderzahlung erhalten und Beamtinnen und Beamte, die beruflich durch die Coronapandemie belastet und beispielsweise bis zum 31. Oktober 2021 im aktiven Dienst waren, nicht anspruchsberechtigt sind.

Letztendlich würde die vorgeschlagene Sonderregelung eine Abweichung von der im Gesetz zur Regelung einer einmaligen Coronasonderzahlung in Baden-Württemberg getroffenen Stichtagsregelung bedeuten. Diese Stichtagsregelung ist jedoch wie oben ausgeführt sachlich gerechtfertigt. Eine nachträgliche Änderung des Gesetzes zur Regelung einer einmaligen Coronasonderzahlung in Baden-Württemberg, bei welcher dann weitere Anspruchsberechtigungen aufgrund von Stichtags Härten geprüft werden müssten, würde den dargelegten Hintergründen und dem Sinn und Zweck der Stichtagsregelung zuwiderlaufen.

Beschlussesempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Herkens

5. Petition 17/1987 betr. Fahrlehrererlaubnis

I. Gegenstand der Petition

Der Petent wendet sich gegen den Widerruf seiner Fahrlehrererlaubnis.

II. Sachverhalt

Wie aus dem Strafbefehl des Amtsgerichts, rechtskräftig seit 9. Januar 2022, hervorgeht, wurde der Petent wegen sexueller Belästigung in zehn Fällen gemäß §§ 184i Absatz 1, Absatz 3, 53 Strafgesetzbuch zu einer Gesamtgeldstrafe in Höhe von 60 Tagessätzen verurteilt.

Im Einzelnen:

- a) Zu einem näher nicht mehr bestimmbar Zeitpunkt im Zeitraum von August 2021 bis 23. Dezember 2021 legte der Petent in dem von ihm genutzten Fahrschulauto seine linke Hand auf dem rechten Oberschenkel der geschädigten Fahrschülerin ab.
- b) Nachfolgend fasste der Petent der Geschädigten in mindestens weiteren neun Fällen zu näher nicht mehr bestimmbar Zeitpunkten im verbleibenden

Fahrunterrichtszeitraum jeweils in dem von ihm genutzten Fahrschulauto mit der flachen Hand an den Oberschenkel der Geschädigten und streichelte die Geschädigte dort jeweils über einen Zeitraum von mindestens einer Minute.

Dem Petenten war die Sexualbezogenheit seiner Handlungen jeweils bewusst. Zudem war ihm bewusst, dass die Geschädigte die Annäherungen nicht wünschte. Wie von dem Petenten zumindest billigend in Kauf genommen, fühlte sich die Geschädigte aufgrund dieser Handlungen jeweils verwirrt, verschüchtert, angeekelt, angeekelt und stark unwohl. Im Rahmen der Vernehmung der Geschädigten beim Polizeirevier erklärte die Geschädigte, dass sie im ablehnenden Falle befürchtete, „Probleme“ bei der Fahrschule bzw. beim Erlangen ihres Führerscheins zu bekommen. Die Geschädigte ekelte sich und fühlte sich äußerst unwohl dabei, ließ jedoch die Tathandlung aus Angst vor dem Fahrlehrer und vor eventuellen Konsequenzen über sich ergehen.

Durch diese zehn selbstständigen Handlungen hat der Petent in sexuell bestimmter körperlicher Weise die Geschädigte körperlich berührt und dadurch belästigt. Die Belästigungen fanden während der Durchführung von Fahrstunden durch den Petenten statt.

III. Rechtliche Würdigung:

Gemäß § 14 Absatz 2 Fahrlehrergesetz (FahrLG) ist die Fahrlehrerlaubnis zu widerrufen, wenn nachträglich eine der in § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, 3 oder 4 FahrLG genannten Voraussetzungen weggefallen ist. Durch den seit 9. Januar 2022 rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts sind Tatsachen eingetreten, die den Petenten als Inhaber der Fahrlehrerlaubnis für den Fahrlehrerberuf als unzuverlässig erscheinen lassen. Unzuverlässig ist nach der zwingenden gesetzgeberischen Wertung der Inhaber der Fahrlehrerlaubnis insbesondere dann, wenn er wiederholt die Pflichten gröblich verletzt hat, die ihm nach dem Fahrlehrergesetz oder den aufgrund dieses Gesetzes beruhenden Rechtsverordnungen obliegen, also solche Pflichten, die ihm im Zusammenhang mit der Ausbildung von Fahrschülerinnen und Fahrschülern auferlegt sind. Nach § 12 FahrLG steht an erster Stelle die gewissenhafte Ausbildung der Fahrschülerin oder des Fahrschülers. Die Forderung des Gesetzgebers, die Fahrschülerinnen und Fahrschüler gewissenhaft auszubilden, bedeutet, dass die Ausbildung gründlich, umfassend, in jeder Hinsicht korrekt, sorgfältig und verantwortungsbewusst zu erfolgen hat (Vorbildfunktion).

Diese Voraussetzungen des § 14 Absatz 2 FahrLG liegen im vorliegenden Fall vor. Die Unzuverlässigkeit begründeten Tatsachen des Petenten ergeben sich aus der strafrechtlichen Verurteilung aufgrund des o. g. Sachverhalts. Auf die strafrechtliche Einordnung der Verfehlungen kommt es dabei nicht an. Entscheidend ist vielmehr allein, ob die festgestellten Taten als Verstöße gegen die dem Petenten als Fahrlehrer obliegenden Berufspflichten zu werten sind. Als Fahrlehrer ist der Petent dazu verpflichtet, seine Fahrschülerinnen und Fahrschüler bestmöglich für die eigenverantwort-

liche Teilnahme am Straßenverkehr auszubilden. Im Rahmen des Ausbildungsverhältnisses obliegt dem Petenten die Gewährleistung eines fachlich und pädagogisch den Ansprüchen des Straßenverkehrs gerecht werdenden Fahrunterrichts. Diese Obliegenheit hat der Petent gröblich verletzt, als er während des Abhaltens von Fahrstunden damit begann, die Geschädigte unsittlich zu berühren und sexuell zu bedrängen. Die besondere Schwere der Obliegenheitsverletzung ergibt sich insbesondere auch daraus, dass es zu wiederholten Übergriffen der Geschädigten während des Abhaltens von Fahrstunden kam. Der Petent hat die mit seiner Ausbildungsfunktion verbundene Autorität und auch das Vertrauensverhältnis zu seinen Fahrschülerinnen ausgenutzt. Dieses Verhalten steht zu seinen oben geschilderten Pflichten als Fahrlehrer in absolutem Widerspruch.

Es kommt einer Zweckentfremdung des Fahrunterrichts im Interesse des Sexualtriebes des Petenten gleich und führt neben der Beeinträchtigung des Fahrunterrichts auch dazu, dass die Gefahr einer erheblichen seelischen Verletzung der betroffenen Fahrschülerin sowie ihrer körperlichen bzw. sexuellen Integrität besteht. Denn während der Fahrstunden sind die Fahrschülerinnen nicht nur in Bezug auf die Erlangung des Führerscheins von dem Petenten abhängig, sondern sie befinden sich konkret in einer Situation, in der sie bereits wegen der Teilnahme am Straßenverkehr in ihren Schutzmöglichkeiten beeinträchtigt sind. Ein Fahrlehrer, der die enge persönliche Beziehung mit Fahrschülerinnen während der Praxisstunden dazu ausnutzt, sie sexuell zu belästigen, verletzt seine Ausbildungspflichten gravierend und ist als unzuverlässig anzusehen. Der Petent ist unzweifelhaft nicht mehr geeignet, die Vertrauensposition eines Fahrlehrers weiter inne zu haben. In der Stellungnahme führt der Petent aus, dass die Vorwürfe unzutreffend seien. Dieser Einwand ist hier jedoch nicht maßgeblich. Die Annahme der Unzuverlässigkeit rechtfertigt sich bereits aus dem rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts und aus den in ihm festgestellten Tatsachen. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass es während der Fahrstunden immer wieder zu sexuellen Übergriffen gekommen ist. Es handelt sich daher nicht um bloße Hinweise oder Anschuldigungen, sondern um konkrete Tatsachen bzw. festgestellte Verfehlungen, die bei der Prüfung der Zuverlässigkeit als Fahrlehrer zu berücksichtigen sind. Nach Aktenlage kann man von der inhaltlichen Richtigkeit der Aussagen der ehemaligen Fahrschülerin ausgehen. Die Aussagen sind nicht widersprüchlich, sondern glaubhaft. Es ist kein nachvollziehbares Motiv ersichtlich, warum ein 17-jähriges Mädchen nach erfolgreicher Beendigung ihrer Fahrschulzeit ihren rund 40 Jahren älteren, ehemaligen Fahrlehrer mit Falschaussagen belasten sollte. Der Petent bestreitet hier lediglich alle Vorwürfe, er stellt sie weder selbst richtig, wie es aus seiner Sicht abgelaufen ist, noch äußert er entlastende Tatsachen. In die Gesamtbetrachtung des Verhaltens des Petenten sind zudem die distanzlosen WhatsApp-Nachrichten, das Anhupen außerhalb der Fahrstunden und die anzüglichen Äußerungen gegenüber der Fahrschülerin zu berücksichtigen.

Unschädlich ist, dass die strafrechtlichen Handlungen bereits in der Zeit vom August 2021 bis 23. Dezember 2021 begangen wurden. Auch etwas länger zurückliegende Verfehlungen dürfen bei der Prüfung der Zuverlässigkeit grundsätzlich berücksichtigt werden. Es kam in der Vergangenheit zu mehrfachen sexuellen Übergriffen auf die Geschädigte während der Praxisstunden. Sowohl die Häufigkeit und die Schwere der vom Petenten begangenen sexuellen Handlungen als auch das darüberhinausgehende distanzlose Verhalten gegenüber den Fahrlehrerinnen lassen den Schluss zu, dass eine Wiederholung derartiger Übergriffe auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann. In § 2 Absatz 1 Satz 2 FahrIG ist „unzuverlässig“ legal definiert. Unzuverlässig im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 FahrIG ist der Erlaubnisinhaber insbesondere – aber nicht nur – dann, wenn er wiederholt Pflichten gröblich verletzt hat, die ihm nach dem Fahrlehrergesetz oder den darauf beruhenden Rechtsverordnungen obliegen. Aus dem Wort „insbesondere“ wird deutlich, dass auch einmalige gröbliche Pflichtverletzungen oder andere Gründe zum Wegfall der Zuverlässigkeit führen können. Der Begriff der Zuverlässigkeit ist nicht absolut, sondern ist mit Blick auf den Fahrlehrerberuf zu beurteilen. Daher müssen die Tatsachen einen Bezug zu diesem Beruf aufweisen. Zu diesen Pflichten gehören solche, die dem Betroffenen als Fahrlehrer auferlegt sind. Das sind in erster Linie die in § 12 FahrIG genannten Pflichten, wonach der Fahrlehrer/die Fahrlehrerin die Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer gewissenhaft auszubilden und ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und Verhaltensweisen zu vermitteln hat, die das Straßenverkehrsgesetz und die auf diesem sowie auf dem Fahrlehrergesetz beruhenden Rechtsverordnungen für die Ausbildung und Prüfung der Fahrlehrerlaubnisbewerber. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Entscheidung stützt sich auf § 80 Absatz 2 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung. Ein unter Umständen vom Petenten eingelegter Rechtsbehelf hat damit keine aufschiebende Wirkung. Das bedeutet, dass die Rechtswirkungen des Widerrufs gemäß § 14 Absatz 5 Verwaltungsprozessgesetz sofort eintreten. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des Widerrufs der Fahrlehrerlaubnis des Petenten und der damit im Zusammenhang stehenden Rückgabe seines Fahrlehrerscheins erfolgt im öffentlichen Interesse. Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung der Entscheidung überwiegt in diesem Fall die persönlichen Interessen des Petenten an der Aufrechterhaltung der aufschiebenden Wirkung des Rechtsbehelfs. Die beruflichen oder privaten Belange des Petenten müssen dahinter zurücktreten. Dies ergibt sich vor allem daraus, dass derzeit davon auszugehen ist, dass der Petent seine Tätigkeit als Fahrlehrer auch weiterhin dazu ausnutzen würde, um Fahrlehrerinnen sexuell zu belästigen. Der seiner strafrechtlichen Verurteilung zugrundeliegende Sachverhalt zeigt, dass selbst die Gefahr erheblicher beruflicher und persönlicher Konsequenzen den Petenten nicht davon abgehalten haben, eine junge Fahrlehrerin wiederholt in sexueller Weise zu bedrängen. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Petent ein derartiges Verhalten gegenüber sich bei ihm in der Fahrausbildung befindli-

chen Fahrlehrerinnen alsbald wieder an den Tag legen wird. Davor muss als zwingende Notwendigkeit die Allgemeinheit schnellstmöglich und effektiv geschützt werden. Es ist im Interesse der Allgemeinheit nicht vertretbar weiter abzuwarten, bis die Rechtmäßigkeit dieser Verfügung in einem möglichen Rechtsmittelverfahren bestätigt wird. Es kann somit nicht hingenommen werden, dass der Petent bis zur Entscheidung in der Hauptsache weiterhin Fahrlehrerinnen ausbildet. Dies bedeutet, dass der Petent ab Zustimmung der Ausgangsentscheidung keine fahrlehrerlaubnispflichtigen Tätigkeiten mehr ausführen darf. Daneben war auch die sofortige Vollziehung der Einziehung des Fahrlehrerscheins anzuordnen. Das Interesse des Petenten daran, gegebenenfalls bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung im Besitz des Fahrlehrerscheins zu bleiben, steht das hoch zu bewertende Interesse der Allgemeinheit gegenüber vor Missbrauch durch den unberechtigten Gebrauch des Fahrlehrerscheins geschützt zu werden. Ohne die sofortige Einziehung des Fahrlehrerscheins bestünde die Gefahr, dass der Anschein erweckt wird, dass der Petent weiterhin als Fahrlehrer tätig sein dürfte.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Herkens

6. Petition 17/2078 betr. Polizeiwesen, Schutzausrüstung

Der Petent begehrt, die Polizei Baden-Württemberg, insbesondere das Spezialeinsatzkommando (SEK) sowie die Schutzpolizei, mit einer besseren Schutzausrüstung auszustatten, um auch in besonders gefährlichen Lagen unter Verwendung von Schusswaffen einen ausreichenden Schutz zu gewährleisten.

Der Petent begründet seine Forderung mit einem Vorfall, bei dem im Zuge von Durchsuchungsmaßnahmen am 22. März 2023 in Reutlingen im Bereich der „Reichsbürger“-Szene ein Polizeibeamter des SEK Baden-Württemberg durch einen Schuss am Arm verletzt wurde. Der Tatverdächtige wurde daraufhin festgenommen und es wurden Ermittlungsmaßnahmen wegen versuchten Mordes durch die Generalbundesanwaltschaft gegen ihn eingeleitet.

Die aufgeführten Argumente des Petenten sind nachvollziehbar. Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

- Die Polizei Baden-Württemberg überprüft die ihr zur Verfügung stehenden Führungs- und Einsatzmittel kontinuierlich und passt diese gegebenenfalls an sich ändernde Rahmenbedingungen an.
- Die Polizei Baden-Württemberg ist, auch mit Blick auf die Polizeien des Bundes und der Länder, insgesamt gut ausgestattet.

- Im Kontext der Petition ist festzustellen, dass in den vergangenen Jahren insbesondere die ballistische Schutzausstattung und deren Ausstattungsgrad kontinuierlich erweitert und das Schutzniveau verbessert wurde.
- Aufgrund eines besonderen Geheimhaltungsinteresses können hierzu jedoch keine weiteren Ausführungen, beispielsweise zum Aufbau, der Beschaffenheit oder der Schutzwirkung, gemacht werden.
- In Ergänzung der o. g. ballistischen Schutzausstattung verfügen die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten grundsätzlich über eine Vielzahl weiterer Führungs- und Einsatzmittel, wie beispielsweise ein modernes und effektives Waffensystem mit elektronischer Zielhilfe und Lichtmodul, Reizstoffsprühgeräte, Impulsschallgehörschützer, Splitterschutzbrillen, erweiterte Erste-Hilfe-Notfalltaschen sowie Körperschutzausstattungen, die den Schutz der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten weiter verbessern.
- Letztlich kann zusammenfassend festgehalten werden, dass der Polizei Baden-Württemberg eine professionelle Ausstattung zur Verfügung steht, um einen bestmöglichen Schutz der Einsatzkräfte zu gewährleisten und das Risiko verletzt zu werden auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Ein in der Sitzung des Petitionsausschusses am 23. November 2023 aus der Mitte des Ausschusses gestellter Antrag, der Petition abzuwehren, wurde bei zwei Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussempfehlung:

Soweit die Schutzausstattung der Polizei Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren bereits kontinuierlich erweitert und das Schutzniveau verbessert wurde und diese fortwährend an die sich verändernden Bedürfnisse angepasst wird, wird die Petition für erledigt erklärt. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Herkens

7. Petition 16/5579 betr. Private Stromtankstellen, Denkmalschutz

Der Petent stellt einen Zusammenhang zwischen drohenden Stromnetzausfällen wegen Überlastung im Stadtgebiet der Stadt Ravensburg und der Pflicht der Stadt zur Installation von privaten Ladepunkten für Elektrofahrzeuge in Neubauten her. Der Petent fordert die Stadt dazu auf, gemeinsam mit dem Netzbetreiber ein Konzept für die Netzaufstockung und deren Bedarf zu erstellen. Neue Ladepunkte für Elektrofahrzeuge dürften vor dessen Erstellung weder vorgeschrieben noch genehmigt werden.

Des Weiteren fordert der Petent, die gesamte Ravensburger Stadtmauer in das Denkmalbuch einzutragen.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

1. Private Stromtankstellen

Die Stadt sieht in der Verringerung der Kohlendioxidemissionen im Verkehr einen zentralen Bestandteil auf dem Weg zur Klimaneutralität und unternimmt erhebliche Anstrengungen, die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs bzw. andere Formen des nicht motorisierten Individualverkehrs zu stärken. Insbesondere in ländlich geprägten Regionen werde jedoch nach wie vor ein erheblicher Anteil der Mobilität mit dem Auto abgedeckt werden. Aus Sicht der Stadt sei die zunehmende Elektrifizierung des Pkw-Verkehrs ein zentraler Lösungsweg, um die Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen. Zur Erreichung dieses Ziels sei ein verstärkter Ausbau der privaten und öffentlichen Ladeinfrastruktur unter Einbeziehung einer Stromversorgung auf Basis von erneuerbaren Energien notwendig.

Über den Eigenbetrieb der Verkehrs- und Versorgungsbetriebe (RVV) sei die Stadt der Hauptanteilseigner an den Technischen Werken Schussental (TWS) und deren Tochter TWS Netz. Anfang des Jahres 2020 sei als eine strategische Weichenstellung der TWS für das Stromnetz eine Zielnetzplanung bis zum Jahr 2030 aufgesetzt worden. Dabei sei der Ausbaubedarf und der zunehmende Einsatz von elektrischer Energie in den Bereichen Mobilität und Wärme berücksichtigt worden.

Eine im März 2021 erfolgte Erweiterung dieser Zielnetzplanung auf das Jahr 2040 habe einerseits einen erheblichen Ausbaubedarf vor allem nach dem Jahr 2030 bei Umspannstationen und im Niederspannungsnetz ergeben. Andererseits sei festzustellen, dass der notwendige Ausbaubedarf sowohl hinsichtlich der erforderlichen Planungs- und Baukapazitäten als auch der finanziellen Mittel problemlos abgedeckt werden kann.

Nach Auskunft der Stadt gibt es zur Installation von privaten Ladepunkten in Neubauten keine Verpflichtung im Stadtgebiet, die über die aktuelle Bundes- und Landesgesetzgebung hinausgeht.

Bezugnehmend auf die Auswirkungen des Ausbaus privater Ladeinfrastruktur auf die Stromnetze wurde mitgeteilt, dass eine Gefährdung der Versorgungssicherheit durch den Ausbau Ladeinfrastruktur nicht zu erkennen sei.

Nach Auffassung der Landesregierung sind der Hochlauf der Elektromobilität und der damit einhergehende Ausbau der Ladeinfrastruktur wesentliche Grundvoraussetzungen für die Reduktion von Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor und zur Einhaltung der gesetzten Klimaziele. Ein Ausbau von Ladepunkten für Elektrofahrzeuge muss dabei sowohl im öffentlichen, als auch im privaten Bereich stattfinden.

Hierzu wurden vonseiten der Bundesregierung und der Landesregierung entsprechende Förderprogramme aufgelegt, die den Aufbau von Ladeinfrastruktur in unterschiedlichen Anwendungsbereichen fördern und unterstützen.

Darüber hinaus trat am 25. März 2021 das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz in Kraft. Dieses verfolgt das Ziel, bei Neubau oder größerer Renovierung von Gebäudeeinheiten mit einer bestimmten Anzahl an Stellplätzen, künftig eine Lade- und Leitungsinfrastruktur zum Aufbau von Ladestationen für Elektrofahrzeuge vorzusehen.

Bewertung:

Im Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz ist bei Neubauten bzw. nach einer größeren Renovierung von Bestandgebäuden eine Verpflichtung zu Installation einer Leitungsinfrastruktur und einer Ladeinfrastruktur enthalten. Unter dem Begriff „Leitungsinfrastruktur“ wird dabei die Gesamtheit aller Leitungsführungen zur Aufnahme von elektro- und datentechnischen Leitungen in Gebäuden oder im räumlichen Zusammenhang von Gebäuden vom Stellplatz über den Zählpunkt eines Anschlussnutzers bis zu den Schutzelementen verstanden und unter dem Begriff „Ladeinfrastruktur“ die Summe aller elektrotechnischen Verbindungen, Mess-, Steuer- und Regelungseinrichtungen, einschließlich Überstrom- und Überspannungsschutzeinrichtungen, die zur Installation, zum Betrieb und zur Steuerung von Ladepunkten für die Elektromobilität notwendig sind, zu installieren. Eine Pflicht zur Installation einer Ladeeinrichtung (oder auch Ladepunkt, z. B. einer Wallbox) enthält das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz nicht.

Aufgrund der zunehmenden Elektrifizierung der Mobilität unter Einbeziehung von erneuerbaren Energien verändern sich die Rahmenbedingungen an die Verteilnetzbetreiber sehr stark. Laut Auffassung der Landesregierung ist es daher wichtig, dass sich die Verteilnetzbetreiber frühzeitig mit der Thematik auseinandersetzen. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg fördert hierzu einen entsprechenden Dialog und vernetzt die Verteilnetzbetreiber in Baden-Württemberg insbesondere auch innerhalb des Strategiedialogs Automobilwirtschaft Baden-Württemberg.

Die Ausführungen der Stadt zeigen, dass die TWS und deren Tochter TWS Netz sich auf den zunehmenden Einsatz von elektrischer Energie im Sektor der Mobilität vorbereiten und Planungs- und Baukapazitäten sowie finanziellen Mittel für einen Netzausbau bedarf eingestellt haben.

2. Denkmalschutz

Soweit der Petent fordert, die gesamte Ravensburger Stadtmauer in das Denkmalbuch einzutragen, hat die Prüfung ergeben, dass vorgesehen ist, die gesamte Stadtbefestigung von Ravensburg nach § 12 Denkmalschutzgesetz in das Denkmalbuch des Landes einzutragen.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird bezüglich der Ravensburger Stadtmauer für erledigt erklärt, nachdem vorgesehen ist, diese in das Denkmalbuch

des Landes einzutragen. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

Berichterstatter: Marwein

8. Petition 17/1482 betr. Aufenthaltstitel

Der Petent begehrt ein Aufenthaltsrecht in Deutschland und bittet die Abschiebung nach Pakistan zu verhindern.

Nach Angaben der Vertreterin des Petenten reiste dieser im Jahr 2012 nach Deutschland ein und stellte einen Asylantrag. Er halte sich seit mindestens zehn Jahren im Bundesgebiet auf. Der Petent sei diversen Jobs nachgegangen und spreche deutsch mindestens auf Sprachniveau A2.

Die Prüfung der Petition hat ergeben, dass die zuständige Ausländerbehörde dem Petenten mittlerweile eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104c Aufenthaltsgesetz erteilt hat.

Beschlussempfehlung:

Die Petition wird, nachdem eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Mayr

9. Petition 17/2161 betr. Rodungsverbot für alte Laubbäume

Der Petent fordert aus Artenschutzgründen insbesondere für Neubaugebiete ein Rodungsverbot und einen insgesamt besseren Schutz für alte Laubbäume.

Der Petent führt aus, dass alte Bäume wertvolle Lebens- und Fortpflanzungsstätten sowie Nahrungsgrundlage für viele Arten darstellen. Diese Funktionen könnten junge Bäume, die bei einer Fällung alter Bäume beispielsweise im Rahmen der Realisierung von Neubaugebieten als Ersatz gepflanzt würden, nicht erfüllen.

Der Petent sieht den Grund für die Fällung alter Bäume darin, dass man für das Pflanzen junger Bäume und das Anlegen einer Streuobstwiese Ökopunkte erhalten könne, was für den Erhalt alter Bäume nicht der Fall sei. Man könne inzwischen von einer industrialisierten Ökopunktebeschaffung sprechen.

Die Prüfung der Petition hat Folgendes ergeben:

1. Eingriffsregelung und Ökokonto

Im Hinblick auf Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft ist zwischen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung nach den §§ 13 ff. Bundesnaturschutz-

gesetz (BNatSchG) und der städtebaulichen Eingriffsregelung gemäß § 1a Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 6 Nummer 7 Buchstabe a Baugesetzbuch (BauGB) zu unterscheiden. Sofern Eingriffe in Natur und Landschaft aufgrund der Aufstellung von Bauleitplänen zu erwarten sind, richtet sich die Kompensation gemäß § 18 Absatz 1 BNatSchG nach den Vorschriften des Baugesetzbuchs.

Sowohl nach der naturschutzrechtlichen als auch nach der städtebaulichen Eingriffsregelung ist es möglich, Kompensationsmaßnahmen vorgezogen umzusetzen und diese später einem Eingriffsvorhaben bzw. einem Bebauungsplan zuzuordnen.

2. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Rechtsgrundlage für vorgezogene Kompensationsmaßnahmen im Naturschutzrecht ist § 16 BNatSchG in Verbindung mit § 16 Naturschutzgesetz Baden-Württemberg (NatSchG) und der Ökokonto-Verordnung Baden-Württemberg (ÖKVO).

Nach diesen Regelungen kann eine Aufwertungsmaßnahme, der kein gleichzeitiger Eingriff entgegensteht und die freiwillig umgesetzt wird, als Ökokonto-Maßnahme anerkannt und in Ökopunkten bewertet werden.

Der Wert einer Maßnahme in Ökopunkten bestimmt sich nach § 8 ÖKVO in der Differenz zwischen dem Ausgangswert und dem Wert nach Umsetzung der Aufwertungsmaßnahme.

Wie der Petent zutreffend darstellt, kann der bloße Erhalt und die Pflege vorhandener Strukturen in Natur und Landschaft, wie etwa eines naturschutzfachlich hochwertigen Baumbestands nicht als Ökokonto-Maßnahme anerkannt werden, für die Ökopunkte vergeben werden können, da mit dem Erhalt und der Pflege vorhandener hochwertiger Strukturen keine positive Differenz zum Ausgangszustand entsteht. Es wird vielmehr nur der Status quo erhalten. Eine naturschutzfachliche Aufwertung ist aber Grundvoraussetzung für den Erhalt von Ökopunkten, da mit dem Aufwertungsgewinn der Maßnahme ein künftiger Eingriff an anderer Stelle ausgeglichen werden soll.

Da für die Bewertung einer Ökokonto-Maßnahme die Differenz zwischen dem Ausgangswert und dem Wert nach Umsetzung der Maßnahme betrachtet wird, ist es grundsätzlich auch nicht möglich, einen alten, naturschutzfachlich hochwertigen Baumbestand zu fällen und für die Neuanlage einer Streuobstwiese auf derselben Fläche Ökopunkte zu erhalten, da der Ausgangszustand der Maßnahmenfläche mit dem alten Baumbestand naturschutzfachlich bereits so hochwertig ist, dass sich rechnerisch in der Regel kein Aufwertungsgewinn zu einer Neupflanzung ergeben kann. Vielmehr wird sich durch diese Maßnahme ein Defizit ergeben, das durch ergänzende Maßnahmen ausgeglichen werden muss.

3. Städtebauliche Eingriffsregelung

Rechtsgrundlage für vorgezogene Kompensationsmaßnahmen im Bauplanungsrecht ist § 135a Absatz 2

Satz 2 BauGB. Demnach ist es auch im Bauplanungsrecht möglich, Maßnahmen zum Ausgleich bereits vor den Baumaßnahmen und der Zuordnung durchzuführen. Diese Maßnahmen werden auch bauplanungsrechtliche Ökokonto-Maßnahmen genannt.

Auf die Bewertung dieser Maßnahmen findet die Ökokonto-Verordnung Baden-Württemberg keine direkte Anwendung, das Bewertungssystem nach Anlage 2 der ÖKVO kann aber analog zur Bewertung der Maßnahmen herangezogen werden. Es muss aber unabhängig vom Bewertungssystem bereits bei der Durchführung der Maßnahme für den Naturschutz eindeutig erkennbar sein, dass sie die Funktion eines an sich erst später erforderlich werdenden Ausgleichs wahrnimmt, also die Maßnahmenfläche im Vergleich zum Ausgangszustand naturschutzfachlich aufwertet.

Auch bei vorgezogenen städtebaulichen Kompensationsmaßnahmen ist es daher nicht möglich, den Erhalt bzw. die Pflege eines vorhandenen hochwertigen Baumbestands als Ökokonto-Maßnahme anzuerkennen. Ebenso ist es nicht möglich, einen alten, naturschutzfachlich hochwertigen Baumbestand zu fällen und für die Neuanlage einer Streuobstwiese auf derselben Fläche einen anrechenbaren Aufwertungsgewinn zu erzielen, der in das bauplanungsrechtliche Ökokonto eingestellt werden kann.

4. Artenschutz

Gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 BNatSchG sind (Höhlen-)Bäume, die Fortpflanzungs- und Ruhestätten besonders geschützter Arten darstellen, geschützt. Zu den besonders geschützten Arten zählen unter anderem die europäischen Vogel- und Fledermausarten. Es ist verboten, diese Fortpflanzungs- und Ruhestätten aus der Natur zu entnehmen, sie zu beschädigen oder zu zerstören. Dieser Schutz gilt das ganze Jahr über ohne Befristung. Sofern sich also z. B. ein belegtes Vogelnest im Baum befindet, wäre eine Fällung während der Belegung nicht zulässig. Wenn das Nest oder die Baumhöhle wiederkehrend belegt ist, gilt ein ganzjähriger Schutz.

Nach § 2 BauGB werden bei der Aufstellung oder Änderung von Bauleitplänen (hierzu gehören auch die Bebauungspläne) für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Absatz 6 Nummer 7 und § 1a BauGB im Rahmen einer Umweltprüfung die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet.

Ist damit zu rechnen, dass mit der Umsetzung des Bebauungsplans Fortpflanzungs- und Ruhestätten besonders geschützter Arten beschädigt oder zerstört werden, beispielsweise durch die Rodung von Bäumen, welche Fortpflanzungs- und Ruhestätten einer besonders geschützten Art sind, sind Vermeidungsmaßnahmen zu prüfen.

Können Vermeidungsmaßnahmen diese Wirkungen nicht abwenden, können vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden. Eine vorgezogene Ausgleichsmaßnahme kann in diesem Zusammenhang beispielsweise die Ausbringung von Nisthilfen, gege-

benenfalls in Kombination mit einer Erhöhung des Alt-/Totholzanteils in Waldbeständen durch Nutzungsverzicht sein. Dies bedeutet, dass die Maßnahmen schon vor dem Eingriff (z. B. der Rodung des Baums) umgesetzt und wirksam sein müssen. Mit diesen Maßnahmen ist sichergestellt, dass die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin gewährleistet ist. Dies führt gemäß § 44 Absatz 5 Satz 2 Nummer 3 und Satz 3 BNatSchG dazu, dass der artenschutzrechtliche Verbotstatbestand gemäß § 44 Absatz 1 Nummer 3 BNatSchG nicht erfüllt wird und die Umsetzung des Bebauungsplans damit zulässig ist. Die Gemeinde als Planungsträger ist regelmäßig für die Umsetzung und Sicherung der festgelegten vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen verantwortlich.

Außerdem sind gemäß § 33a Absatz 1 NatSchG Streuobstbestände, die eine Mindestfläche von 1 500 m² umfassen, zu erhalten. Streuobstbestände dürfen daher nur mit einer Genehmigung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden. Im Rahmen der Genehmigung wird geprüft, ob die Erhaltung des Streuobstbestands im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt, insbesondere ob der Streuobstbestand für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder für den Erhalt der Artenvielfalt von wesentlicher Bedeutung ist. Gegebenenfalls wird die Fällgenehmigung versagt. Umwandlungen von Streuobstbeständen müssen außerdem, vorrangig durch eine Neupflanzung, ausgeglichen werden.

Der hohe Wert, den Streuobstbäume für den Natur- und Artenschutz haben, fließt im Rahmen der Eingriffsregelung in die Feststellung des Ausgleichsbedarfs mit ein. Von einer „industrialisierten Ökopunktebeschaffung“ auf Kosten der Natur kann angesichts der dargestellten fachlichen und rechtlichen Hintergründe keine Rede sein.

Ein grundsätzliches Fällverbot alter Bäume ist auf Grundlage der aktuellen Gesetzgebung nicht umsetzbar.

Beschlussempfehlung:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Berichterstatlerin: Neumann-Martin

23.11.2023

Der Vorsitzende:

Marwein